



Gemeinsame Erklärung

„Nicht nur ihre Würde, auch unsere Würde!“

Die Lage in Moria, wie auch in den anderen überfüllten Lagern der Ägäis, gleicht längst einem Katastrophengebiet. Dennoch kommt kaum rettende Hilfe. Nach wie vor steht Moria für die Entwürdigung und jahrelange Hoffnungslosigkeit tausender Menschen mitten in Europa, im Rechtsraum der Europäischen Union. Dabei sind die Menschen nicht Opfer einer Naturkatastrophe, sondern Opfer fehlender politischer Verantwortung und der mangelnden Solidarität in Europa. Wir sind erschüttert von dem Leid der Menschen vor Ort und entsetzt, dass die Europäische Union diese Zustände nicht längst beendet hat.

Vor wenigen Tagen hat Ursula von der Leyen als Präsidentin der Europäischen Kommission den „New Pact on Migration and Asylum“ vorgestellt. Der Pakt ist jedoch nicht der versprochene Neuanfang in der festgefahrenen politischen Debatte, sondern zementiert die bestehenden Probleme, indem er die Verantwortung für die Ankommenden weiterhin den Staaten an den EU-Außengrenzen aufbürdet. Die Kommission setzt vor allem auf das, worauf sich die Regierungen in Europa einigen können: vermehrte Abschiebungen, beschleunigte Grenzverfahren und den Ausbau von Grenzschutz. Statt einer Koalition der Willigen ist eine Koalition der Unwilligen entstanden. Menschen sollen weiterhin in Lagern in ihrer aussichtslosen Situation festgehalten werden. Angesichts dieser Ankündigungen befürchten wir neue Not und weitere Menschenrechtsverletzungen.

Wir fordern als Städte und Kommunen, als Kirche und Zivilgesellschaft daher:

1. Evakuierung jetzt! Deutschland muss vorangehen!

Die Menschen aus Moria erneut in Lagern festzusetzen, ist eine Bankrotterklärung für unsere europäischen Werte. Wir fordern die deutsche EU-Ratspräsidentschaft auf, gemeinsam mit der EU-Kommission, den griechischen Behörden die unmittelbare Not sofort zu beenden. Umgehend sollten Deutschland und andere willige EU-Staaten die Lager auf den griechischen Inseln evakuieren. Es darf kein tatenloses Warten auf eine gesamteuropäische Lösung geben.

2. Blockade stoppen – Aufnahme ermöglichen!

Die Verantwortung für die Aufnahme von Schutzsuchenden liegt schon jetzt bei allen Mitgliedsstaaten – auch Deutschland. Wir erwarten daher von der Bundesregierung, sich den Angeboten von Bundesländern, Städten und Kommunen, nicht länger zu widersetzen, Geflüchtete aus den griechischen Lagern aufzunehmen. Wer helfen will, muss helfen dürfen.

Als Vertreter*innen von Städten, Kommunen, Kirche und Zivilgesellschaft sagen wir auch: Die jetzige Politik bedroht nicht nur das Leben der Flüchtlinge, sie setzt auch unsere Humanität und Würde aufs Spiel. Wir werden nicht nachlassen, für Solidarität und Mitmenschlichkeit einzustehen. Unser Kontinent, unsere Städte und Kommunen, Kirchen und Häuser müssen Zufluchtsorte für Menschen bleiben, die Hilfe, Schutz und Hoffnung suchen. Wir rufen alle gesellschaftlichen Kräfte auf, sich für diejenigen einzusetzen, denen keine Rechte zugestanden werden!

Potsdam, 2. Oktober 2020

Oberbürgermeister
Mike Schubert

Ratsvorsitzender EKD
Heinrich Bedford-Strohm

Seebrücke
Liza Pflaum